

BEFRISTET

BEFRISTET



„Hauptsache, du hast erst einmal einen Fuß in der Tür ...“ hatte ihre Mutter gesagt, als Anna nach dem bestandenen 2. Staatsexamen nicht in den Schuldienst übernommen wurde und trotz aller Bemühungen keine Stelle fand. Schon als Studentin hatte sie Vertretungsunterricht übernommen – und alle hatten immer gesagt, sie mache guten Unterricht. Trotzdem war sie immer noch Vertretungslehrerin. Befristet. Seit sieben Jahren...!



Tom war mit dem Spagat zwischen Geldverdienen müssen und Studieren nicht klar gekommen. Auch im Referendariat hatte er zusätzlichen Vertretungsunterricht gegeben. Von irgendwas musste er ja leben. Dann wurde die Doppelbelastung zu viel. Er schmiss kurz vor dem Examen hin. An „seiner“ Schule war er sicher, zwar immer nur befristet, aber sein Schulleiter war zufrieden mit seinem Engagement für die Schule. Und er konnte gut mit den Jugendlichen. Und jetzt das ...! Die Ausschreibung war für ihn wie gemacht. Alle hatten ihn gewollt. Die Stelle hatte er dann aber doch nicht bekommen...!



Sonja kam aus dem Büro der Schulleitung und weinte. Sie hatte gerade mitgeteilt bekommen, dass sie leider nach den Ferien nicht weiterbeschäftigt werden könne, weil sie schwanger sei. Warum sie auch so eine Dummheit gemacht habe, das sei doch klar, dass man sich eine schwangere Vertretungskraft nicht leisten könne, bei der Arbeitsbelastung der Kollegen...!

Drei Beispiele. 6.000 Fälle im hessischen Schuldienst. Jahr für Jahr befristet. Halbjahr für Halbjahr die Angst, ob es nach den Ferien weitergeht. Halbjahr für Halbjahr die Hoffnung, endlich doch eine Planstelle zu ergattern. Halbjahr für Halbjahr die Zähne zusammenbeißen, Engagement zeigen und jede zusätzliche Aufgabe übernehmen, damit es weitergehen kann.

6.000 Fälle von 9.000 angestellten Lehrkräften in Hessen. Gut 2.000 von ihnen erhalten keine Sommerferienbezahlung. Trotz der Vereinbarung zwischen dem Hauptpersonalrat der Lehrkräfte und dem Hessischen Kultusministerium. Denn die Stichtagsregelung wird regelmäßig unterlaufen. Die Mittel für Vertretungsverträge wurden 2011 radikal zusammengestrichen. Auch die Bildungsverwaltung muss seit Einführung der Schuldenbremse im März 2011 eisern „sparen“.

600 der sommerzeitarbeitslosen Kolleginnen und Kollegen hatten bis Juni 2011 dem Arbeitsamt ihre bevorstehende Arbeitslosigkeit angezeigt und Hartz IV beantragt. Wovon die anderen 1.400 regelmäßig befristeten Lehrkräfte in dieser Zeit lebten, wissen wir nicht. Auch nicht, wie viele das Stigma „Hartz IV“ vermeiden und sich nur deshalb nicht arbeitslos melden.

Seit 2004 stieg die Zahl der Arbeitnehmer im Hessischen Schuldienst kontinuierlich auf 9.000 im Jahr 2012 an. An jeder größeren Schule gibt es inzwischen Arbeitnehmervertreterinnen im

Personalrat. Befristet Beschäftigte können ihre Interessen dort jedoch in der Regel nicht selbst vertreten, weil sie nicht lange genug beschäftigt werden, um wählbar zu sein und mit jedem neuen Vertrag ein „neues“ Arbeitsverhältnis beginnt.

Der Öffentliche Dienst in Deutschland gilt als der größte Arbeitgeber von Fristarbeitsverhältnissen. Im November 2012 stellte die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder in Bezug auf den privaten Beschäftigungssektor fest: *„Bei allen Anforderungen (...) an die Flexibilität der Beschäftigten müssen aber auch (...) die Bedürfnisse der Beschäftigten nach sicheren und familiengerechten Zukunftsperspektiven berücksichtigt werden. (...) Die steigende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse lässt darauf schließen, dass befristete Arbeitsverhältnisse zunehmend eingesetzt werden, um wirtschaftliche Risiken den Beschäftigten aufzubürden. Die rechtlich unerwünschte Verlagerung unternehmerischer Risiken und die Ausbebelung des Kündigungsschutzes erfordern es, die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung auf das notwendige Maß zu begrenzen.“*

Die Haltung und klare Analyse der Arbeits- und Sozialminister zur Situation in der „freien Wirtschaft“ ist zu loben, aber ist sie auch ehrlich? Die Haltung gegenüber der Privatwirtschaft muss vor allen Dingen auch auf das eigene Haus, sprich den Öffentlichen Dienst, übertragen werden! Die GEW Hessen hat die Landesregierung in der laufenden Tarifrunde zum Tarifvertrag Hessen (TV-H) aufgefordert, Gespräche zur deutlichen Reduzierung der befristeten Beschäftigung im Landesdienst aufzunehmen. Die GEW will erreichen, dass die Möglichkeiten des öffentlichen Arbeitgebers, mit befristeten Beschäftigten den tatsächlichen und dauernd bestehenden Vertretungsbedarf auszufüllen, eingeschränkt werden. In einem ersten Schritt fordert die GEW Hessen eine feste Vertretungsreserve von 10 % des Stellenvolumens im Schuldienst. Weiterbildungsmaßnahmen sollen helfen, ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, die dies wollen, für Schulformen mit Lehrkräftebedarf zu qualifizieren.

Diese Forderungen werden vom Arbeitgeber, dem Land Hessen, aber nur ernst genommen werden, wenn sie auch mit „Leben“ gefüllt sind. Mit Menschen, die es nicht länger ertragen wollen, dass ihre Bedürfnisse nach einer sicheren und familiengerechten Zukunftsperspektive nicht berücksichtigt werden. Mit Menschen, die sich zeigen – und für ihre Bedürfnisse eintreten.

Die GEW Hessen lädt alle befristet Beschäftigten an hessischen Schulen ein, das schmale Fenster der Einsicht der politisch Verantwortlichen zu nutzen und sie beim Wort zu nehmen. Die GEW ist die Gewerkschaft der Profis im Bildungsbereich. Wir sind Anhänger der Theorie, dass es immer eine Alternative gibt und Politik grundsätzlich verändert werden kann. Alles nur eine Frage der Macht. 9.000 angestellte Lehrkräfte in Hessen sind eine Macht!

P.S. Sonja ist GEW-Mitglied. Sie klagte. Mithilfe des GEW-Rechtsschutzes konnte klargestellt werden, dass Schwangerschaft kein Grund sein darf, ihr eine Weiterbeschäftigung zu verweigern. Wenn auch leider erneut nur eine BEFRISTETE.

Mitglied werden lohnt sich!

Tarifrunde 2013

Warnstreik

Mittwoch 6. März 2013

Streiklokal

ab 8:00 Uhr

DGB Haus Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77

Forum: Rechtsinformationen für „Befristete“

11:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Es informiert Kathrin Kummer, Rechtssekretärin der GEW Hessen

Demonstration

vom DGB Haus zum Kundgebungsplatz Roßmarkt

ab 13:30 Uhr

Kundgebung

Roßmarkt

14:30 bis 15:30 Uhr

Die GEW fordert in der Tarifrunde 2013

- Anhebung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent!
- Begrenzung befristeter Arbeitsverträge!

Aktuelle Informationen unter: www.gew-hessen.de



GEW Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt
Tel. 069/971293-0 • info@gew-hessen.de